

Der Krieg in der Ukraine wurde von der Nato schon 2014 begonnen

Nach und nach wird immer deutlicher, dass der Ukraine-Konflikt seitens der Nato seit 2014 systematisch vorbereitet und die Ukraine als Kriegsschauplatz gegen die Russische Föderation aufgerüstet wurde. Das zeigen nicht nur die umfangreichen Ausbildungsprogramme für Ukrainische Soldaten unter der Bezeichnung „Multinational Joint Commission“ (MJC) seit 2015 und 2017 die Einrichtung eines Ausbildungszentrums in Jaworiw in der Ukraine nahe der polnischen Grenze, das vom U.S. 7th Army Training Command betrieben wird. Auch die drei Abkommen zwischen den USA und der Ukraine, der „Ukraine Freedom Support Act“ vom 18. Dezember 2014, der den Präsidenten ermächtigte, bis zu 350 Mio. USD für Militärhilfe in den Jahren 2015-2017 der Ukraine zur Verfügung zu stellen, die Charta für strategische Partnerschaft („U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership“) vom 10. November 2021 und der „Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act“ vom 19. Januar 2022 für eine unbegrenzte und unbefristete Bereitstellung von Militärausrüstung für die Ukraine sind ein Indiz dafür. Auch die Mitteilung des ukrainischen Verteidigungsministeriums v. 11. Januar 2022 über die Entsendung der zwei US-Militärberater *Chris Rizzo* (Leiter des Entwicklungsprogramms für Führungskräfte der US Army) und *Todd Brown* (Agentur für Verteidigungs- und Sicherheitskooperation mit Schwerpunkt Eurasien) in die Direktion für Verteidigungspolitik des Ministeriums deuten auf eine direkte Einflussnahme der USA bzw. der Einbindung der ukrainischen Streitkräfte in die Nato-Planungen hin.

Es zeigt sich im Donbass eine ähnliche Konstellation wie 1979 in Afghanistan. Der damalige US-Sicherheitsberater Brzezinski erklärte 1998 in einem Interview in der französischen Wochenzeitung *Le Nouvel Observateur* (Ausgabe Januar 15-21) freimütig, dass die Unterstützung der Taliban unter dem Codenamen „Operation Cyclone“ seit Anfang 1979 erfolgte, um eine Invasion sowjetischer Truppen zu provozieren, die dann auch im Dezember erfolgte. Auslöser war schließlich der Überfall der Taliban auf die Stadt Herat im März und einem dort begangenen Massaker mit über 1000 Toten, dem auch 50 Sowjetbürger zum Opfer fielen. Als die Sowjets ihre Intervention mit der Behauptung rechtfertigten, gegen eine geheime Einmischung der Vereinigten Staaten in Afghanistan zu kämpfen, wurde es nicht geglaubt. Allerdings gab es eine Grundlage für diese Wahrheit, wie Jahre später Brzezinski bestätigte.

Entlarvende Interviews

Besonders deutlich wurde die Nato-Strategie, in der Ukraine einen Kriegsschauplatz gegen Russland zu eröffnen, durch Interviews und Statements von Politikern in den letzten Monaten. Hier wird unverhohlen das falsche Spiel der Nato zugegeben, die völkerrechtlich verbindlichen Minsker Vereinbarungen lediglich als Mittel zum Zweck der Aufrüstung der Ukraine für einen bevorstehenden Krieg mit Russland benutzt zu haben.

Interview Petro Poroschenko, ukrainischer Präsident 2014-2019, mit Vitaly Portnikov von Radio Liberty für den polnischen Sender Espresso TV, 14.6.2022

„Wir haben erreicht, was wir wollten. Wir haben Putin nicht vertraut, und wir vertrauen ihm auch jetzt nicht. Unser Ziel war es, erstens die Bedrohung zu stoppen oder zumindest den Krieg zu verzögern, um acht Jahre für die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau starker Streitkräfte zu sichern. Das war die vordringliche Aufgabe - und sie wurde erfüllt.“*

(*Niederlage der ukrainischen Armee im Februar 2015 bei Debalzewe im Donbass)

NATO-Generalsekretär Stoltenberg, Pressekonferenz anlässlich des Nato-Gipfels in Madrid, 30.6.2022
„Die NATO hat sich seit langem darauf vorbereitet, nicht dass wir erst am 24. Februar erkannt hätten, dass Russland gefährlich ist. Die Realität ist, dass wir uns seit 2014 darauf vorbereitet haben. Wir haben also unsere militärische Präsenz im Osten des Bündnisses verstärkt, und die NATO hat begonnen, mehr Geld in die Verteidigung zu investieren.“

NATO-Generalsekretär Stoltenberg in der Financial Times, 7.9.2022

„Seit der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 haben verbündete Länder den Sicherheitssektor und die Institutionen der Ukraine mit Milliarden von Dollar unterstützt und Zehntausende von Soldaten, einschließlich Spezialeinheiten, ausgebildet.“

Interview Angela Merkel, Bundeskanzlerin 2005-2021, im Interview mit Die Zeit, 7.12.22
"Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben ... Es war uns allen klar, dass das ein eingefrorener Konflikt war, dass das Problem nicht gelöst war, aber genau das hat der Ukraine wertvolle Zeit gegeben."

NATO-Generalsekretär Stoltenberg beim Financial Times's Global Boardroom Event, 7.12.2022
„Die NATO-Verbündeten unterstützen die Ukraine seit vielen Jahren, insbesondere seit 2014. Vor allem Verbündete wie die Vereinigten Staaten, Kanada und das Vereinigte Königreich haben die ukrainischen Streitkräfte so ausgebildet, dass sie jetzt, im Februar 2022, viel größer, viel stärker und viel besser ausgerüstet waren als Russland 2014 zum ersten Mal einmarschierte. Die NATO verstärkte ihre militärische Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses mit Gefechtsverbänden, mit hoher Einsatzbereitschaft und höheren Verteidigungsausgaben. Und das haben wir eigentlich schon seit 2014 gemacht, wir waren nicht überrascht. Der Krieg begann nicht im Februar dieses Jahres, sondern im Jahr 2014.“

François Hollande, französischer Staatspräsident 2012-2017, der das Minsker Abkommen mit Bundeskanzlerin Merkel, Präsidenten Poroschenko und Präsident Putin ausgehandelt hat, im Interview mit Theo Prouvost am 28.12.2022, abgedruckt in The Kyiv Independent vom 5.1.2023.
„Seit 2014 hat die Ukraine ihr militärisches Potenzial gestärkt, sie ist eine vollkommen andere, als die, die sie 2014 war. Sie ist nun besser ausgebildet und ausgerüstet. Das Verdienst des Minsker Abkommens besteht darin, dass es der ukrainischen Armee diese Möglichkeit gegeben hat.“

Interview von Marine Corps General James Bierman, Kommandeur der Third Marine Expeditionary Force (III MEF), mit Kathrin Hille, Financial Times, in Okinawa, vom 8.1.2023
"Wie haben wir den Grad des Erfolgs erreicht, den wir in der Ukraine erreicht haben? Einen großen Teil davon, weil wir nach der russischen Aggression 2014 und 2015 ernsthaft daran gingen, den künftigen Konflikt vorzubereiten: Ausbildung für die Ukrainer, Vorbereitung von Nachschublagern, die Identifizierung der Orte, von denen aus wir Nachschub sichern und Operationen aufrechterhalten könnten. Wir nennen das 'den Kriegsschauplatz vorbereiten'."
III MEF ist eine von drei Krisenreaktionstruppen mit ca. 30.000 Soldaten, die dauerhaft außerhalb der USA stationiert ist. Zur Zeit bereitet die Einheit den chinesischen Kriegsschauplatz – englisch: theater – von ihrem Hauptquartier Camp Courtney/Okinawa aus vor. Dieses als „First Island Chain“ (Erste Inselkette) bezeichnete Gebiet reicht von den Kurilen über Japan, Okinawa, Taiwan und die Philippinen bis zum Südchinesischen Meer.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg, Pressekonferenz vor dem Treffen der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel, 13.2.2022
„Tatsächlich hat die NATO seit 2014 die größte Verstärkung der kollektiven Verteidigung seit einer Generation durchgeführt, weil der Krieg nicht im Februar letzten Jahres begonnen hat. Es begann im Jahr 2014. ... Als wir am Morgen der Invasion beschlossen, unsere Präsenz zu verstärken, konnten wir auf der verstärkten Präsenz aufbauen, die wir bereits in den letzten Jahren durchgeführt hatten. Und wir haben unsere Präsenz sogar in den Monaten vor der Invasion verstärkt, weil die Invasion keine Überraschung war. Das war eine Invasion, von der wir wussten, dass sie kommen würde, und deshalb waren wir darauf vorbereitet.“

Am 18. Februar 2023 hat auf einer Panel-Diskussion im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) die Präsidentin der EU-Kommission, von der Leyen, mitgeteilt, dass die Russland-Sanktionen zusammen mit den USA schon im Dezember 2021 vorbereitet wurden:

„Mein Kabinett in der Kommission hat bereits im Dezember begonnen, zusammen mit dem Weißen Haus und dem Finanzministerium mögliche Sanktionen zu erarbeiten für den Fall, dass Russland die Ukraine angreift.“

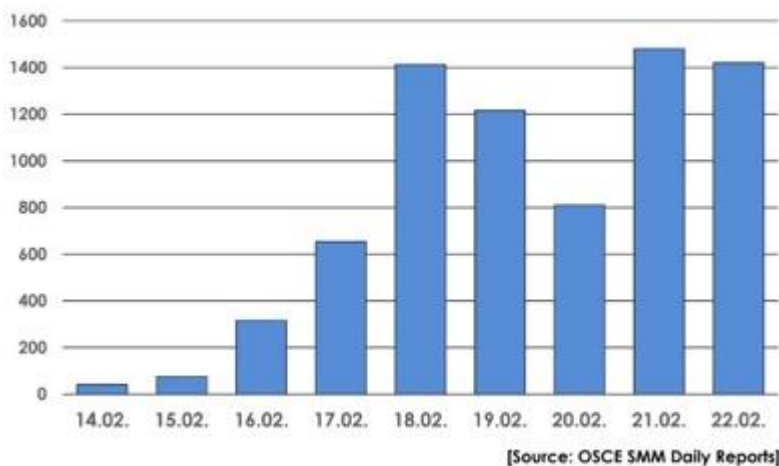
(My cabinet in the commission started to work with the White House and with the treasury already in december on potential sanctions in case that Russia would invade in Ukraine.)

(Video-Aufzeichnung ab Min 12:13)

Präventive Intervention

Letztendlicher Auslöser der russischen Intervention war die Vorbereitung einer Landoffensive der ukrainischen Streitkräfte gegen die beiden Donbass-Republiken durch verstärkten Artilleriebeschuss im Donbass seit dem 17. Februar, wie aus den Aufzeichnungen der OSZE hervorgeht. Eine Woche nach Beginn der Artilleriebombardierung griffen die russischen Streitkräfte am 24. Februar ein.

Nombre d'explosions enregistrées au Donbass
(14-22 février 2022)



Täuschung und Völkerrechtsbruch

Als Russland am 24. Februar, eine Woche nach Beginn der ukrainischen Artillerie-Bombardierung des Donbass, seine als „Spezialoperation“ bezeichnete Gegenoffensive begann, wurde dies seitens der Nato und der EU als völkerrechtswidrig verurteilt. Allerdings wird verschwiegen, dass dem Vertragsbrüche bis zum Bruch des Völkerrechts durch Staaten des Nato-Bündnisses vorausgegangen waren, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen.

Das Abkommen vom 21. Februar 2014

Im Februar 2014 hatten die Vertreter Polens, Deutschlands und Frankreichs, darunter Außenminister Steinmeier, eine erste Täuschung inszeniert – das mit Präsident Wiktor Janukowitsch unterzeichnete „Abkommen zur friedlichen Beilegung der politischen Krise“ hatte keine 24 Stunden Bestand gehabt; es wurde durch den Maidan-Putsch am folgenden Tag obsolet. Wie wir heute durch die offenen Worte der damaligen US-Repräsentantin in der Ukraine, Victoria Nuland, wissen, geschah die Vorbereitung des folgenden Staatsstreiches mit aktiver Unterstützung der USA.

Der Maidan-Putsch am 22. Februar 2014

Neben den von den USA initiierten Massenprotesten auf dem Maidan-Platz in Kiew kam es zu einem parlamentarischen Staatsstreich, bei dem Präsident Janukowitsch als abgesetzt erklärt wurde. Dieser hatte das Land am 22. Februar verlassen, nachdem Kämpfer des nationalistischen Rechten Sektor in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar das Regierungsviertel gestürmt hatten. Sie nutzten dabei die Tatsache, dass gemäß dem gerade unterzeichneten Abkommen, die Polizeiwachmannschaften abgezogen worden waren. Als neuer, nicht legitimer Übergangspräsident wurde Arseni Jazenjuk

eingesetzt. Für die Absetzung von Janukowitsch stimmten 328 von 450 Abgeordneten (73 Prozent), womit die notwendige Mehrheit von 75 Prozent aber nicht erreicht wurde. Außerdem hätte die Amtsenthebung gemäß Art. 111 der Verfassung der Ukraine ein mehrstufiges Verfahren vorausgesetzt:

- Einsetzung einer Untersuchungskommission
- Anklage des Präsidenten mit Zweidrittel Mehrheit
- Prüfung durch das Verfassungsgericht
- Amtsenthebung mit Dreiviertel Mehrheit

Insofern war die neue Regierung parlamentarisch und verfassungsgemäß nicht legitimiert und ihre folgenden Dekrete rechtlich ungültig.

Die Minsker Abkommen vom 15.9.2014 (Minsk I) und 12.2.2015 (Minsk II)

Minsk I sah Neuwahlen und eine Verfassungsreform für 2015 vor. Minsk II war ein Maßnahmenkatalog zur Umsetzung von Minsk I. Die Vereinten Nationen legitimieren diesen Sachverhalt am 17.2.2015 durch die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates, mit der man die Vereinbarung zur Lösung der internen ukrainischen Krise als völkerrechtlich verbindlich billigte. Es waren Deutschland und Frankreich, die für das Abkommen (Minsk II) bürgten, von dem sie behaupteten, es sei der Weg zur Lösung des Konflikts, was aber in Wirklichkeit den Weg in die Konfrontation ebnete.

Permanenter Verstoß gegen Minsk II

Unter Punkt 10. des Abkommens heißt es: „Abzug aller ausländischer bewaffneter Einheiten und deren Militärtechnik.“ Die Einrichtung des Ausbildungslagers in Jaworiw seit 2017 und die Stationierung amerikanischer Ausbilder dort stellt einen Verstoß gegen das Völkerrecht (UN -SR Resolution 2202) durch die USA dar.

US-Geheimoperationen seit 2018

Aus einem Bericht der Washington Post v. 10. Februar 2023 unter dem Titel „*Pentagon looks to restart top-secret programs in Ukraine*“ geht hervor, dass schon seit 2018 Geheimoperationen unter US-Beteiligung in der Ukraine stattfanden. Anlass des WP-Berichtes war das Bestreben des Pentagon, in den aktuellen Haushaltsberatungen im Kongress die Finanzierung streng geheimer Programme in der Ukraine wieder aufzunehmen, die nach der russischen Invasion ausgesetzt waren. Diese Operationen wurden „1202-Programme“ genannt, benannt nach Abschnitt 1202 des National Defense Authorization Act von 2018, dem Gesetz, das ihre Durchführung und Finanzierung regelt. Eine Bestimmung legt fest, dass solche Programme nicht während eines „traditionellen bewaffneten Konflikts“ eingesetzt werden dürfen, was im vergangenen Jahr zu ihrer Aussetzung führte. Der ehemalige Drei-Sterne-General Kenneth Tovo, der die Special Operations Forces der Armee leitete, als die 1202-Operationen beschlossen wurden, wird von der WP mit der Aussage zitiert, das Militär sei besorgt, dass diese Beschränkungen eine nützliche Informationsquelle in der Ukraine abgetrennt habe. Die Wiedereinführung dieser Programme würde dem amerikanischen Militär wieder eine praktische Kontrolle über ukrainische Agenten im Kriegsgebiet ermöglichen. Hiermit ist bewiesen, dass die USA während des Krieges der Kiewer Regierung gegen die Donbass-Republiken an verdeckten Militäroperationen in der Ukraine mit eigenen Spezialeinheiten beteiligt waren. Ein weiterer völkerrechtswidriger Verstoß gegen Minsk II.

Die Rolle der UNO

Die UNO war nicht in der Lage, Deutschland und Frankreich zu bewegen, ihrer Aufgabe als Garantemächte von Minsk II nachzukommen und für die Durchsetzung und Einhaltung der UN-Resolution 2202 zu sorgen. Die UNO war bisher nicht bereit, diese Verletzung der UN-Charta durch die Ukraine, Deutschland und Frankreich, indem SR-Beschlüsse nicht eingehalten bzw. durchgesetzt wurden, zu verurteilen oder überhaupt Stellung zu beziehen. Es stellt sich die Frage, was SR-Beschlüsse zukünftig noch wert sind, wenn wie sich jetzt herausstellte, Vertragsparteien sich nicht daran halten, sondern sie von vornherein als Betrug inszenieren.

Einmischung in die inneren Angelegenheiten

Zur Erinnerung Artikel 1 der UNO Charta

Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

... Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen auf der Grundlage der Achtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker zu entwickeln ...

Das Selbstbestimmungsrecht besagt, dass ein Volk das Recht hat, frei über seinen politischen Status und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden, also über seine inneren Angelegenheiten. Dieses Selbstbestimmungsrecht ermöglicht es einem Volk, einen eigenen Staat zu bilden oder sich in freier Entscheidung einem anderen anzuschließen. Gemäß dem Kosovo-Urteil des Internationalen Gerichtshofes (IGH/ICJ) v. 22.7.2010, mit dem erstmals eine Sezession – die des Kosovo von Serbien im Jahr 2008 – völkerrechtlich legitimiert wurde, ist auch die Sezession der Krim 2014 völkerrechtlich legitim gewesen.

Schon vor dem Maidan-Putsch wurde seitens der USA offiziell erklärt, dass man die NGO-Bewegungen und paramilitärische Gruppen ukrainischer Nationalisten, die für den EU- und Nato-Eintritt arbeiteten, von Anfang an massiv finanziell unterstützt habe. Victoria Nuland, als Vertreterin des US-Außenministeriums, hat 2013 eine Rede im Nationalen Presse Club in Washington gehalten, in der sie bestätigte, dass die USA bis zu diesem Zeitpunkt bereits 5 Milliarden Dollar für die „Förderung der Demokratie“ in der Ukraine ausgegeben haben. Die Veranstaltung wurde von Chevron Oil gesponsert und wie folgt angekündigt:

U.S.-Ukraine Foundation presents
Ukraine in Washington 2013
Address by Assistant Secretary of State Victoria Nuland
December 13, 2013



„Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben die Vereinigten Staaten die Ukrainer beim Aufbau demokratischer Fähigkeiten und Institutionen unterstützt, indem sie Bürgerbeteiligung und gutes Regieren fördern. All dies sind Voraussetzungen dafür, dass die Ukraine ihre Ansprüche für Europa erfüllen kann. Wir haben über fünf Milliarden Dollar investiert, um die Ukraine bei diesen und anderen Zielen zu unterstützen.“

(„Since ukraine`s indipendence in 1991 the United States has supported ukrainians as they build democratic skills and institutions as they promote civil participations and good governance. All of which are preconditions for ukraine toachieve ist european aspiration weh ave invested over five billion dollars to assist ukraine in these and other goals.“)

<https://www.youtube.com/watch?v=rPVs5VuI8XI> (Min. 7:40)

Dazu paßt auch, dass die 1991 gegründete U.S.-Ukraine Foundation mit Sitz in Washington und einem Verbindungsbüro in Kiew, auf ihrer Webseite über die bisher geleistete finanzielle

Unterstützung von NGO in der Ukraine berichtet: „The U.S.-Ukraine Foundation supports the people of Ukraine in their quest for freedom, democracy, a free market economy, and human rights. Over the past three decades, USUF has designed and managed approximately \$60 million in programs for democracy development across all regions of Ukraine.“

Wiederherstellung des Völkerrechts

Insofern kann man die militärische Intervention Russlands auch anders deuten – als den Versuch der Wiederherstellung des Völkerrechts im Donbass, indem es die SR-Resolution 2202 durchsetzt mit dem Ziel, den seit 2015 geführten Krieg der Kiewer Regierung gegen die eigene Bevölkerung im Donbass zu beenden, der neben 4.000 Soldaten auf ukrainischer Seite und 5.500 auf Seiten der Separatisten auch 3.400 zivile Opfer in den beiden Donbass-Republiken gekostet hatte. Damit hat Russland die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2005 proklamierte „Schutzverantwortung“ (responsibility-to-protect) in die Tat umgesetzt. Es entsprach einer klassischen „R2P-Situation“, die eine Intervention mit humanitärem Motiv erlaubt. Allerdings hat sich durch die massive Intervention der Nato der Konflikt inzwischen zu einem Stellvertreterkrieg der USA/Nato gegen Russland ausgeweitet, der eine einfache Rückkehr zu Minsk II unwahrscheinlich macht. Zumal am 9. April der damalige englische Premier Boris Johnson in Kiew gegenüber Selensky im Namen der Nato den im März 2022 in Istanbul ausgehandelten und unterschriftsreifen Entwurf für einen Friedensvertrag/Waffenstillstand mit Russland abgelehnt hat.

Stand: 4.3.23

Autor: Harald Kolbe